

ESWE Versorgungs AG

Wiesbaden

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 und Tätigkeitsabschluss

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Grundlagen der Gesellschaft

Seit mehr als 85 Jahren garantiert die ESWE Versorgungs AG die Versorgung mit Strom, Erdgas und Wärme in der hessischen Landeshauptstadt. In dieser Zeit haben wir uns zum kompetenten Energiedienstleister entwickelt. Wir betreiben das Gas-, das Wasser-, das Wärme- sowie das Straßenbeleuchtungsnetz in Wiesbaden und engagieren uns verstärkt im Bereich der regenerativen Energieerzeugung. Ferner sind wir Betreiber der Gasnetze in Taunusstein, Walluf und Schlangenbad. In Taunusstein betreiben wir ebenso die Straßenbeleuchtung. Über unsere Tochtergesellschaft, die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH (sw netz), betreiben wir die Stromnetze in Wiesbaden und Taunusstein. Über die mehrheitlich von ESWE geführte ESWE BioEnergie GmbH erzeugen wir seit Anfang 2014 umweltschonend Strom und Wärme aus überwiegend Altholz und speisen diese in das lokale Netz ein.

Im Stromvertrieb sind wir seit Jahren auch bundesweit sehr erfolgreich und haben uns längst einen Namen als Energielieferant mit Topkonditionen gemacht.

Zu den wesentlichen Steuerungsgrößen der Gesellschaft, die vor allem im Rahmen der Berichterstattung an unsere Gesellschafter überwacht werden, zählen finanzielle sowie nicht finanzielle Leistungsindikatoren. Die zentralen finanziellen Steuerungskennzahlen und damit bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren sind neben dem Unternehmensergebnis vor Steuern, das Beteiligungsergebnis, sowie das Unternehmensergebnis vor Ausgleichszahlung und Ergebnisabführung. Wichtige nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind entsprechend ihrer Steuerungsrelevanz für unser operatives Geschäft vor allem die Absatzmengen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach wie vor in einem kräftigen Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt nahm 2017 mit preisbereinigten 2,2 % deutlich stärker zu als in den Vorjahren.

Eine wichtige Stütze der Konjunktur ist weiterhin der private Konsum. Sowohl der ifo-Geschäftsklimaindex als auch der GfK-Konsumklimaindex zeigen große Zuversicht der Verbraucher und steigende Kauflaune. Der Preisauftrieb hat sich im Jahr 2017 auf allen Wirtschaftsstufen verstärkt. Die Verbraucherpreise nahmen im Gesamtjahr 2017 um 1,8 % zu.

Der Reallohnindex in Deutschland ist im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 % gestiegen. Die Nominallöhne lagen im Jahr 2017 um rund 2,5 % über dem Vorjahreswert.

Der deutsche Arbeitsmarkt verzeichnete 2017 ein Rekordjahr. Mit 5,7 % sank die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Allerdings ist hierbei zu konstatieren, dass es erhebliche regionale Unterschiede gibt. Wirtschaftsstarke Regionen mit nahezu Vollbeschäftigung stehen Landkreise und Städte gegenüber, in denen die Arbeitslosigkeit an 14 % heranreicht.

In der Wirtschaftsregion Wiesbaden zeigen die Ergebnisse der Konjunkturumfrage der IHK Wiesbaden ebenfalls eine starke Wirtschaftsentwicklung. Der aus Geschäftslage und -erwartungen gebildete Geschäftsklimaindex im Kammerbezirk Wiesbaden stieg im Jahresverlauf auf 137 Zähler und markiert damit abermals den Spitzenwert in Hessen. Die Geschäftslage der in Wiesbaden ansässigen Unternehmen wird nochmals deutlich besser beurteilt als im Vorjahr. Auch die Geschäftserwartungen für 2018 haben sich weiter verbessert. Offensichtlich werden jedoch der zunehmende Fachkräftemangel sowie die sehr niedrige Leerstandsquote im Markt für Büroimmobilien. Damit fehlt das Angebot an Büroflächen, so dass Unternehmen, die expandieren oder sich in Wiesbaden ansiedeln wollen, zunehmend Probleme haben, geeignete Räumlichkeiten zu finden.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist nach wie vor als expansiv zu bezeichnen. Zwar wurde das Anleihekaufprogramm der EZB ab Anfang 2018 von monatlich 60 Mrd. € auf 30 Mrd. € zurückgefahren, aber klare Tendenzen für eine Zinswende sind nicht zu erkennen. EZB Präsident Draghi wies in der Sitzung Mitte März 2018 abermals darauf hin, dass die Leitzinsen noch lange auf diesem Niveau verbleiben werden.

Geldeinlagen der Kreditinstitute werden weiterhin mit einem Negativzins in Höhe von -0,4 % p.a. belastet. Die Weitergabe dieser Negativzinsen durch die Kreditwirtschaft an institutionelle und gewerbliche Kunden ist zwischenzeitlich bereits Realität geworden.

Am Kapitalmarkt gehen die Volkswirte der deutschen Kreditinstitute in ihren Zinsprognosen für die kommenden 12 Monate mittlerweile wieder von steigenden Zinsen aus. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen wird sich nach deren Ansicht von gegenwärtigen 0,42 % p.a. binnen Jahresfrist um die 0,82 % p.a. bewegen. Die Kapitalmarktzinsen dürften damit ihre historischen Tiefststände verlassen haben, befinden sich aber weiterhin auf ausgesprochen niedrigem Niveau.

Das deutliche Wirtschaftswachstum in Deutschland setzt sich auch 2018 fort. Die Bundesregierung erwartet für das laufende Jahr ein Wirtschaftswachstum von 2,4 %.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Klimaschutz und Energiewende sowie der dadurch hervorgerufene grundlegende energiewirtschaftliche Strukturwandel stellen die Energiebranche vor große Herausforderungen. Daher sind verlässliche politische Rahmenbedingungen, die ein stärker aufeinander abgestimmtes Design der klimapolitischen und energiepolitischen Instrumente zum Inhalt haben, unerlässlich. Hier müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass insbesondere die Energieversorger ihre Aufgaben als "Manager der Energiewende vor Ort" wahrnehmen können.

Aus dem Klimaschutzbericht 2016 ging bereits hervor, dass Deutschland sein Klimaschutzziel für 2020 verfehlen wird. Der Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid (CO₂) kann ohne zusätzliche Maßnahmen nicht in dem Umfang realisiert werden wie erhofft. Dies hat zwischenzeitlich auch die Große Koalition erkannt und kommuniziert, dass die Klimaschutzziele 2020 aller Voraussicht nach verfehlt werden. Die internationalen Klimaschutzziele 2030 und 2050 sollen allerdings auf jeden Fall erreicht werden. Hierzu wurde eine Kommission eingesetzt, die bis Ende 2018 ein entsprechendes Aktionsprogramm erarbeiten soll.

Der Ausbau der Erneuerbare Energien soll beschleunigt werden und bis 2030 einen Anteil von 65 % erreichen. Dieser erhöhte Ausbaupfad sei notwendig, um den zusätzlichen Strombedarf zur Erreichung der Ziele im Verkehr, in Gebäuden und in der Industrie zu decken.

Bestand die Energiewende bisher weitgehend daraus, den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromproduktion zu erhöhen, hat sich zwischenzeitlich die Erkenntnis durchgesetzt, dass künftig auch die Sektoren Verkehr und Wärme ihren Beitrag zur Energiewende leisten müssen. Die Sektorkopplung zielt darauf ab, diese Bereiche mittelfristig zunehmend zu elektrifizieren, und den Strom dafür aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen. Fossiles Erdgas, Erdöl und Kohle sollten künftig weitgehend ersetzt werden. Die effiziente Organisation dieser Sektorkopplung erfordert einen ganzheitlichen Blick auf die einzelnen Sektoren. Eine weitgehende Dekarbonisierung von Strom und Wärme ist zur Erreichung der Klimaziele unerlässlich. Jedoch scheint aus heutiger Sicht eine komplette Elektrifizierung nicht zielführend. Erdgas bleibt zunächst die kosteneffizienteste CO₂-Vermeidungsoption für Wärme.

Zum Thema Energienetze hat die neue Bundesregierung einen Maßnahmenplan zur Optimierung der Bestandsnetze und zum schnellen Ausbau angekündigt. Die Effizienz müsse durch neue Technologien und Digitalisierung erhöht werden.

Mit dem EEG 2017 beginnt die nächste Phase der Energiewende. Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland ist erfolgreich - ihr Anteil lag im Jahr 2016 schon bei rund 32 % und soll mit dem EEG 2017 bis zum Jahr 2020 auf mindestens 35 % steigen. Hierzu erfolgt mit dem EEG 2017 ein Paradigmenwechsel: Die Vergütungshöhe des erneuerbaren Stroms wird ab dem 1. Januar 2017 nicht mehr wie bisher staatlich festgelegt, sondern durch Ausschreibungen am Markt ermittelt. Das heißt: Neue Photovoltaik-Anlagen, Windräder oder Biogas-Anlagen stellen sich dem Wettbewerb und nehmen an Ausschreibungen teil. Der Zuschlag wird nach dem Prinzip des niedrigsten Preises vergeben.

Die Bruttostromerzeugung in Deutschland betrug im Jahr 2017 654,8 Mrd. kWh. Es wurde somit mehr Strom produziert als im Vorjahr (650,6 Mrd. kWh). Die Beiträge der einzelnen Energieträger zeigen Rückgänge bei der Stromproduktion aus Kernenergie, Braun- und Steinkohle. Deren Anteil an der Gesamterzeugung beträgt aber noch immer deutlich über 48 %. Der Anteil der Erneuerbaren Energie stieg deutlich auf nunmehr 33,3 %, während der Anteil von Erdgas mit 13,2 % eine leichte Steigerung verzeichnete. Der Bruttostromverbrauch im Jahr 2017 nahm mit 599,8 Mrd. kWh um 0,5 % zu (Vorjahr: 596,9 Mrd. kWh).

Der durchschnittliche Strompreis für Haushalte ist 2017 aufgrund der abermaligen Erhöhung der EEG-Umlage und steigender Netzentgelte um 1,5 % gestiegen. Die Beschaffungskosten der Vertriebe gingen aufgrund rückläufiger Börsenpreise weiter zurück. Der Anteil von Steuern, Abgaben und Umlagen am Strompreis 2017 liegt mit 55 % auf Rekordniveau. Da für die regulierten Netzentgelte ca. 26 % anfallen, bleiben für die von den Energieversorgern zu beeinflussenden Kosten für Strombeschaffung und Vertrieb lediglich noch 19 %.

Geschäftsverlauf 2017 der ESWE Versorgung

Die Entwicklung des Unternehmensergebnisses im Geschäftsjahr 2017 verlief wieder ausgesprochen positiv. Insbesondere unsere Vertriebsfolge außerhalb des angestammten Versorgungsgebietes erfüllen uns mit Stolz. Ende des Jahres 2017 registrierten wir den 200.000sten externen Kunden. Darüber hinaus war 2017 nach einigen schwächeren Jahren mal wieder ein ausgesprochen gutes Windjahr, so dass auch unsere Investitionen in Onshore-Windparks positive Ergebnisbeiträge leisten.

Der positive Geschäftsverlauf ist insbesondere vor dem Hintergrund sich stetig verschärfender regulatorischer Rahmenbedingungen, zunehmendem Wettbewerbs- und Effizienzdruck und immer weiter ausuferndem bürokratischen Aufwand zu betrachten.

Zu nennen sind hier vor allem die Forderungen aus dem IT-Sicherheitsgesetz, die Vorbereitungen zur Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung sowie die Einführung eines Compliance Management Systems, mit den Teilbereichen Geldwäsche, Tax Compliance und Datenschutz.

Neben umfangreichen Aktivitäten zum Ausbau der Fernwärmeversorgung in Wiesbaden bestimmten aktuelle Themen wie E-Mobilität, Sektorkopplung, Dekarbonisierung und Digitalisierung auch ganz wesentlich unseren Arbeitsalltag.

Bereits seit 2002, mithin also seit 15 Jahren, fördert der von uns ins Leben gerufene Innovations- und Klimaschutzfonds Projekte, die natürliche Ressourcen schonen. Effektive Maßnahmen zur Energieeinsparung, der Einsatz erneuerbarer Energien und neue Technologien erhalten durch den Fonds eine Anschubfinanzierung. In den letzten 15 Jahren wurden daraus bereits Förderzusagen an Privatpersonen, Unternehmen und Institutionen in Wiesbaden von mehr als 15,5 Mio. € getätigt.

Daneben konnten im Berichtsjahr einige Jubiläen gefeiert werden. Unsere Telekommunikationstochter WiTCOM GmbH besteht seit 20 Jahren, die Netztochter Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH (sw netz) seit 10 Jahren und unsere Ausbildungsfirma "Schreibwelt AG" feierte 2017 ihr 25 jähriges Bestehen

Mit neuen Ideen und innovativen Konzepten arbeitet ESWE Versorgung bereits an der Ausrichtung für morgen. Die Entwicklung neuer nachhaltiger und ertragreicher Geschäftsfelder steht hierbei im Fokus unserer Bemühungen. Zukunftsfelder sind beispielsweise die E-Mobilität und der Ausbau der Ladesäulen-Infrastruktur oder auch Technologien, die das Leben in einer immer älter werdenden Gesellschaft erleichtern. Auch die permanente Erweiterung unserer Smart-Home-Produktlinie wird offensiv angegangen.

Jedoch vernachlässigen wir hierbei nicht unsere Kernkompetenzen. Sowohl in unserem Geschäftsfeld Fernwärme als auch in den Sparten Gas und Wasser sowie im von unserer Tochter sw netz betriebenen Stromnetz haben wir uns in 2017 wieder einem Audit "Technisches Sicherheitsmanagement (TSM)" unterzogen und wurden mit Erfolg zertifiziert. Auch die Anforderungen aus dem IT-Sicherheitsgesetz wurden erfolgreich umgesetzt. Das Informationssicherheitsmanagementsystem von sw netz wurde am 29.12.2017 erfolgreich zertifiziert.

Mit der im Herbst vollzogenen Unterzeichnung des Gaskonzessionsvertrags mit der Gemeinde Schlangenbad haben wir alle unsere Bestandskonzessionen erhalten können. Damit wurden die Voraussetzungen für eine preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche Versorgung der Einwohner und Gewerbetreibenden in den Konzessionsgebieten auch für die nächsten Jahre geschaffen.

Unser Engagement an der Bürgergenossenschaft Windenergiepark Heidenrod eG, der wir im Frühjahr 2017 beigetreten sind, betrachten wir als weiteres Bekenntnis zur umweltfreundlichen Energieerzeugung durch Windkraft in der Region.

Unklar ist weiterhin die Zukunft des geplanten Windparks auf dem Taunuskamm. Nachdem die Genehmigungsbehörde unseren Antrag nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) Ende 2016 abgelehnt hatte, haben wir gegen diesen Ablehnungsbescheid Klage beim Wiesbadener Verwaltungsgericht eingereicht. Hierzu gab es jedoch bis heute noch keinen Verhandlungstermin. Ohne diese Windräder sind die Energie- und Klimaschutzziele der Stadt, bis zum Jahr 2020 ein Fünftel der in Wiesbaden verbrauchten Energie aus regenerativen Quellen zu erzeugen, nicht zu realisieren.

Absatzentwicklung

Die nutzbare Stromabgabe verzeichnete im Berichtsjahr mit 960,5 Mio. kWh gegenüber dem Vorjahr (978,7 Mio. kWh) einen Rückgang um 1,9 %. An Wiesbadener Kunden wurden mit 504,3 Mio. kWh (Vorjahr 605,8 Mio. kWh) 16,7 % weniger Strom verkauft als im Vorjahr. Neben deutlichen Absatzrückgängen durch die unterjährige Beendigung des Stromlieferungsvertrags mit einem großen Industriekunden in 2016 waren auch die Absatzmengen an Gewerbekunden und Haushalte in Wiesbaden rückläufig.

Dem gegenüber verzeichneten wir bei der Versorgung von Kunden außerhalb Wiesbadens einen deutlichen Zuwachs um 22,3 %. Somit verkaufen wir zwischenzeitlich außerhalb des angestammten Versorgungsgebietes fast genau so viel Strom wie in Wiesbaden selbst.

Die Heizgradtage erhöhten sich im Berichtsjahr mit 3.410,0 Heizgradtagen im Vergleich zum Vorjahr (3.275,7). Dies bedeutet eine Steigerung der Heizgradtage um 4,1 %. Damit entspricht dieser Wert wieder dem langjährigen Mittel. Die nutzbare Gasabgabe an unsere Kunden verzeichnete im Geschäftsjahr 2017 eine Steigerung um 2,2 % von 2.053,4 Mio. kWh auf nunmehr 2.097,7 Mio. kWh.

Bei der nutzbaren Fernwärmeabgabe verzeichneten wir einen geringfügigen Zuwachs um 0,1 % von 250,3 Mio. kWh auf 250,5 Mio. kWh. Witterungsbedingte Steigerungen bei den meisten Verbrauchern wurden durch Stilllegungen einiger Liegenschaften im Stadtgebiet nahezu kompensiert.

Die Auskopplung von Strom in der Sparte Fernwärmeversorgung sank gegenüber dem Vorjahr von 40,8 Mio. kWh auf 39,7 Mio. kWh um 2,7 %.

Umsätze und Preise

Im Berichtsjahr 2017 verzeichneten wir einen Anstieg der Umsatzerlöse um 5,7 Mio. € (1,5 %) auf 387,4 Mio. €.

Die Erlösstruktur zeigt sich in folgender Tabelle:

	2017		2016		Veränderung	
	€	%	€	%	€	%
Stromversorgung	194,4	50,2	187,6	49,1	6,8	3,6
Gasversorgung	96,5	24,9	98,6	25,8	-2,1	-2,1
Wärmeversorgung	27,7	7,2	28,8	7,5	-1,1	-3,8
Betriebsführung Wasserversorgung	25,2	6,5	23,6	6,2	1,6	6,8
Wasserverkauf an WLW	12,0	3,1	12,1	3,2	-0,1	-0,8
Konzerninterne Dienstleistungen	20,1	5,2	20,6	5,4	-0,5	-2,4
Sonstige	11,5	2,9	10,4	2,8	1,1	10,6
	387,4	100,0	381,7	100,0	5,7	1,5

In der Stromversorgung konnten die Umsatzerlöse trotz der Reduzierung der Absatzmenge um 3,6 % gesteigert werden. Der deutliche Zuwachs von Haushalts- und Gewerbekunden außerhalb unseres angestammten Versorgungsgebietes war ursächlich hierfür.

Die Erlöse in der Gasversorgung gingen preisbedingt um 2,1 % zurück. Dies ist auf unsere zum 1. Dezember 2016 vorgenommene Preissenkung zurückzuführen. Hierbei konnten wir günstigere Gasbezugskonditionen an unserer Kunden weitergeben.

Die Umsatzerlöse der Wärmeversorgung verzeichneten einen Rückgang um 3,8 %. Dies ist bei nahezu konstanter Abgabemenge durch die Reduzierung der Durchschnittspreise verursacht.

Seit der Ausgliederung der Wasserversorgung auf den städtischen Eigenbetrieb "Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden" (WLW) verpachtet ESWE Versorgung das weiterhin in ihrem Eigentum verbliebene Wassernetz an den Eigenbetrieb und ist auch für die Betriebsführung zuständig. Aus der Verpachtung und Betriebsführung des Wassernetzes wurden Umsatzerlöse in Höhe von 25,2 Mio. € erwirtschaftet.

Die Erlöse aus dem Wasserverkauf in Höhe von 12,0 Mio. € betreffen die Weitergabe der durch den Vorlieferanten in Rechnung gestellten Wasserbezugskosten.

Die Erlöse aus konzerninternen Dienstleistungen beinhalten insbesondere Erlöse aus technischen und kaufmännischen Dienstleistungen an die sw netz sowie aus der Verpachtung von Kabelinfrastruktur an unsere Tochtergesellschaft WiTCOM.

Die sonstigen Umsatzerlöse setzen sich analog zum Vorjahr im Wesentlichen aus Tankstellenumsätzen (3,2 Mio. €), Auflösung passivierter Ertragszuschüsse (1,8 Mio. €) und Erträgen aus Nebengeschäften zusammen.

Investitionen 2017

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von 16,9 Mio. € (Vorjahr 18,4 Mio. €) getätigt. Die Gesamtinvestitionen (inkl. Finanzanlagen) setzen sich wie folgt zusammen:

	Mio. €	Vorjahr Mio. €
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,3	1,1
Sachanlagen	15,6	13,9
Finanzanlagen	1,0	3,4
Gesamt	16,9	18,4

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände enthalten neben eingetragenen Dienstbarkeiten hauptsächlich Lizenzkäufe und Lizenzerweiterungen für Software.

Die Investitionen in Sachanlagen beinhalten im Wesentlichen den Ausbau unseres Fernwärmenetzes sowie die routinemäßige Erneuerungen der Versorgungsnetze.

Die Investitionen in Finanzanlagen (1,0 Mio. €) betreffen im Jahr 2017 die Beteiligung über ein Nachrangdarlehen an der Bürgergenossenschaft Windenergiepark Heidenrod eG.

Lage der Gesellschaft

Ertragslage und Ergebnis

Der positive Trend der vergangenen Jahre, der lediglich im Jahr 2016 durch die Rückstellungserhöhung wegen des Wasserkartellverfahrens unterbrochen wurde, bestätigt sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr. Das Unternehmensergebnis vor Steuern lag mit 51,5 Mio. € (Vorjahr 42,3 Mio. €) deutlich über dem Vorjahr.

Die Rohmarge (Umsatzerlöse abzüglich Materialaufwand) reduzierte sich jedoch insbesondere durch deutlich gestiegene Netzentgelte von 120,5 Mio. € um 5,6 Mio. € auf 114,9 Mio. €.

Das betriebliche Ergebnis des Jahres (Ergebnis vor Steuern ohne Beteiligungs- und Zinsergebnis) liegt mit 34,2 Mio. € deutlich über dem Vorjahresergebnis (31,6 Mio. €). Dies ist vor allem auf den deutlichen Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen zurückzuführen. In den Vorjahreszahlen war die Aufstockung der bereits teilweise aufgelösten Rückstellung für das Wasserkartellverfahren enthalten, da die Landeskartellbehörde kurz vor Jahresende 2016 eine Abschöpfungsverfügung aufgrund angeblich missbräuchlich überhöhter Wasserpreise in den Jahren 2007 bis 2011 zugestellt hatte.

Das negative Zinsergebnis erhöhte sich um 2,1 Mio.€ auf 4,7 Mio.€. Maßgebend dabei war eine zusätzliche Zinsbelastung aus der vorzeitigen Ablösung von Zinssicherungsgeschäften.

Das Ergebnis nach Ertragsteuern liegt mit 47,9 Mio. € ebenfalls deutlich über dem Vorjahresergebnis (39,6 Mio. €). Diese Steigerung ist vor allem auf das von 13,3 Mio. € auf 22,0 Mio. € erheblich verbesserte Beteiligungsergebnis zurückzuführen. Diese Erhöhung resultiert aus der höheren Gewinnabführung der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH.

Im Wirtschaftsplan, der im November 2016 beschlossen wurde, waren wir von einem Unternehmensergebnis von 40,2 Mio. € ausgegangen. Dieses Planergebnis konnte somit um 7,2 Mio. € deutlich übertroffen werden.

Gemäß Ergebnisabführungsvertrag wird das Unternehmensergebnis nach Steuern von 47,5 Mio. € (Vorjahr 39,3 Mio. €) nach Leistung einer Ausgleichszahlung an den Minderheitsaktionär vollständig an die WVV Wiesbaden Holding GmbH abgeführt.

Finanzlage

Die Finanzlage des Unternehmens zeigt sich weiterhin ausgesprochen stabil. Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit verzeichnete im Berichtsjahr einen deutlichen Rückgang um 23,6 Mio. € auf 25,4 Mio. €. Maßgebend dabei waren vor allem die Zunahme der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und die Abnahme der Rückstellungen.

Aus der Investitionstätigkeit ergab sich insbesondere durch die höheren Einzahlungen aus Beteiligungen ein Mittelzufluss in Höhe von 9,7 Mio. € (Vorjahr 3,5 Mio. €). Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit reduzierten sich aufgrund der geringeren Gewinnabführung (einschließlich Ausgleichszahlung) an die Anteilseigner auf 37,9 Mio. € (Vorjahr 55,9 Mio. €).

Bei einem negativen Gesamt-Cashflow in Höhe von 2,8 Mio. € verfügt das Unternehmen zum 31. Dezember 2017 über einen Finanzmittelfonds von 6,1 Mio. € (Vorjahr 9,0 Mio. €).

Der Bestand an langfristigen Bankdarlehen wurde in den letzten Jahren sukzessive zurückgeführt. Laufende Instandsetzungsmaßnahmen und Investitionen wurden aus der im Unternehmen vorhandenen Liquidität finanziert. Durch planmäßige Tilgungen in Höhe von 5,4 Mio. € und der Ablösung eines Darlehens nach Auslaufen der Zinsbindungsfrist in Höhe 1,7 Mio. € beträgt der Darlehensstand zum 31. Dezember 2017 69,2 Mio. € (Vorjahr 76,3 Mio. €). Der Zinsaufwand für diese langfristigen Darlehen ging durch die vorgenommenen Tilgungen sowie günstigere Refinanzierungskonditionen von 2,9 Mio. € im Vorjahr auf 2,6 Mio. € zurück. Eine zusätzliche Zinsbelastung in Höhe von 2,1 Mio. € resultiert aus der vorzeitigen Ablösung von Zinssicherungsgeschäften.

Die Zahlungsfähigkeit der ESWE Versorgung war während des ganzen Jahres uneingeschränkt gegeben. Zudem bestehen zugesagte, aber nicht genutzte Kreditlinien in Höhe von 33,0 Mio. €.

Das Eigenkapital und das langfristig verfügbare Fremdkapital in Höhe von insgesamt 188,2 Mio. € (Vorjahr 193,6 Mio. €) decken das Anlagevermögen zu 68,6 % (Vorjahr 71,5 %).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 338,7 Mio. € um 3,6 Mio. € auf 342,4 Mio. € geringfügig erhöht. Auf der Aktivseite hat sich das Sachanlagevermögen bei Zugängen in Höhe von 15,6 Mio. € und Abschreibungen von 12,4 Mio. € um 3,1 Mio. € erhöht.

Das Finanzanlagevermögen erhöhte sich um 0,7 Mio. € auf 134,5 Mio. €. Dies resultiert einerseits aus der Beteiligung an der Bürgergenossenschaft Windenergiepark Heidenrod eG sowie andererseits aus einer nachträglichen Kaufpreisminderung für die Beteiligung an der Windpark Uettingen GmbH & Co. KG.

Im Umlaufvermögen haben sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen von 25,4 Mio. € auf 24,2 Mio. € vermindert, die sonstigen Vermögensgegenstände gingen um 0,3 Mio. € auf 1,7 Mio. € zurück. Dagegen haben sich die Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 4,0 Mio. € auf 27,4 Mio. € insbesondere aufgrund höherer Forderungen durch kurzfristige Zwischenfinanzierungen gegen die Gesellschafterin WVV Wiesbaden Holding und die ESWE BioEnergie GmbH erhöht.

Die Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag haben sich aufgrund des rückläufigen Gesamt-Cashflows auf 6,1 Mio. € (Vorjahr 9,0 Mio. €) reduziert.

Auf der Passivseite ergab sich eine Minderung der Rückstellungen um 6,9 Mio. € auf 62,6 Mio. €. Dies ist vor allem durch die teilweise Auflösung einer in den Vorjahren gebildeten Rückstellung aus einem Langfristvertrag über einen Gasspeicher hervorgerufen. Die Vertragspartner haben sich hier für einen bestimmten Zeitraum auf einen Vergleich einigen können.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich durch die planmäßige Tilgung in Höhe von 5,4 Mio. € sowie einer vorzeitigen Ablösung eines Darlehens (1,7 Mio. €) bei einer über den Jahreswechsel erforderlichen Kurzfristfinanzierung (5,0 Mio. €) von 77,8 Mio. € auf 75,9 Mio. € reduziert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, haben sich insbesondere durch eine kurzfristige Zwischenfinanzierung bei sw netz von 18,4 Mio. € auf 22,2 Mio. € erhöht.

Das Eigenkapital beträgt unverändert 116,6 Mio. €. Die Eigenkapitalquote verringerte sich infolge der gestiegenen Bilanzsumme geringfügig auf 34,0 % (Vorjahr 34,4 %).

Durch den Ergebnisabführungsvertrag mit der WVV Wiesbaden Holding GmbH wird das Jahresergebnis nach Ausgleichszahlung an den Minderheitsgesellschafter bereits bei der Bilanzerstellung als Verbindlichkeit gegenüber den Gesellschaftern eingestellt. Die Verbindlichkeiten aus dem Ergebnisabführungsvertrag wurden wie im Vorjahr von den Forderungen gegen die WVV Wiesbaden Holding in Abzug gebracht.

Erläuterungen zu den Tätigkeitsbereichen gemäß § 6b Abs. 7 S.4 EnWG

Mit ihren Tätigkeitsabschlüssen 2017 erfüllt die ESWE Versorgungs AG die Berichtspflicht nach § 6b EnWG: In der Rechnungslegung führen wir gemäß § 6b EnWG jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Elektrizitäts- und Gasverteilung, für andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie für andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Zur Verbesserung der Transparenz in der Berichterstattung gegenüber der Bundesnetzagentur (BNA) bilden wir ab 2017 erstmalig die Erbringung der Dienstleistungen für den Stromnetzbetreiber Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH (sw netz) in einer gesonderten Unternehmensaktivität "Strom / Netz" ab. Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden die Vergleichszahlen für das Jahr 2016 ebenfalls ausgewiesen.

Für die Elektrizitäts- und Gasverteilung erstellen wir jeweils eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung.

Gemessen am Gesamtumsatz des Elektrizitätssektors von 217,3 Mio. €, weist der Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung im Berichtsjahr einen vergleichsweise geringen Umsatz von 12,7 Mio. € aus. Auch der Tätigkeitsbereich Gasverteilung ist mit einem Umsatz im Berichtsjahr von 39,4 Mio. € gemessen am Gesamtumsatz des Gassektors von 133,2 Mio. € von geringer Bedeutung.

Der Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung erzielte im Berichtsjahr eine Unterdeckung von 38 T€ (Vorjahr 288 T€). Der Tätigkeitsbereich Gasverteilung erzielte einen Jahresüberschuss von 6,9 Mio. € (Vorjahr 7,1 Mio. €) (jeweils vor interner Ergebnisabführung)

Die Bilanzsumme der Tätigkeit Elektrizitätsverteilung hat mit 7,4 Mio. € einen Anteil von 12,9 % an der Bilanzsumme des Elektrizitätssektors der ESWE Versorgungs AG. Die Bilanzsumme der Tätigkeit Gasverteilung steuert mit 36,7 Mio. € einen Anteil von 63,1 % zur Bilanzsumme des Gassektors bei. Die Investitionen in die Netzinfrastruktur der Gasverteilung beliefen sich im Berichtsjahr auf 2,5 Mio. €.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Während sich die Bundesregierung in der EU erfolgreich für einen ambitionierten Klimaschutz einsetzt, schreitet die Umsetzung in Deutschland deutlich langsamer voran, als erwartet. Die deutschen CO₂-Ziele für 2020 werden daher aller Voraussicht nach verfehlt. Gleichzeitig wurden in Brüssel rechtlich verbindliche und klare Rahmenbedingungen für die Zeit bis 2030 beschlossen, deren Umsetzung auch für Deutschland eine anspruchsvolle Aufgabe wird. Die CO₂-Ziele von minus 55 % bis 2030 und minus 80 Prozent bis 2050 gelten hierbei als Leitplanken.

Die Dekarbonisierung von Strom, Wärme und Verkehr ist für die Energiewirtschaft eine große Herausforderung im Kerngeschäft und zugleich eine Chance, neue Angebote und Geschäftsmodelle zu entwickeln. Die Auswirkungen dieser politischen CO₂-Ziele auf die Infrastrukturen für Strom, Gas und Fernwärme abzuschätzen, war Ziel des in 2017 gemeinsam mit der Thüga AG durchgeführten Projekts "Let's go green".

Hierbei wurde insbesondere untersucht, welche Folgen die zunehmende Elektrifizierung auf anstehende Investitionen in die Strom-, Gas und Wärmeinfrastruktur hat. Die abstrakten politischen Vorgaben sollten in konkrete Handlungsempfehlungen umgesetzt werden.

Die Dekarbonisierung birgt das Risiko, dass bereits getätigte langfristige Investitionen in die Netzinfrastruktur durch Eingriffe der Politik frühzeitig entwertet werden. Zugleich bietet sie die Chance, neue Angebote und Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Alle im Projekt untersuchten Zukunftsszenarien zeigen einen kontinuierlichen Anstieg des Strombedarfs. Kernaussage des Projektes ist sicher die Feststellung, dass Gas und Wärme künftig "grüner" werden müssen. Eine zunehmende Einbindung von Biogas und synthetischem Gas aus erneuerbarem Strom können die vergleichsweise geringen CO₂-Emissionen des Energieträgers weiter senken und dabei als bezahlbare und umsetzbare Alternative zu einer komplett elektrischen Zukunft genutzt werden.

Daher kommt der Gasinfrastruktur eine besondere Rolle zu, da die saisonal schwankende Nachfrage problemlos durch Gasspeicher bedient werden kann.

Die Reduktion der konventionellen Erzeugung im Bereich der Wärme stand auch im Mittelpunkt der Entwicklung eines Fernwärmeerzeugerkonzepts für Wiesbaden. Ziel hierbei war es, eine langfristig sichere Wärmeversorgung auf hohem ökologischem Niveau zu wettbewerbsfähigen Preisen zu gewährleisten. Die Wärmeversorgung der Zukunft muss weitestgehend ohne Öl, Kohle und Erdgas auskommen. Daher müssen die Wärmeversorgungssysteme künftig durch regenerative bzw. CO₂-neutrale Quellen gespeist werden. Ausgehend auf einer Bedarfsprognose wurden verschiedene Erzeugungsvarianten und deren ökologische und ökonomische Auswirkungen untersucht um eine mittelfristige Strategie des Geschäftsfeldes zu erarbeiten.

Auf der Kundenseite bauen wir seit Jahren unser Portfolio an energienahen Dienstleistungen wie Energieaudits, Wärmeanlagen-Contracting, Beleuchtungs-Contracting oder Smart-Home-Produkten aus. Mit unserem "ESWE daheim" Produkt schaffen wir für Privatkunden die Möglichkeit, das eigene Zuhause per App in den Bereichen Wärme, Licht, Schutz und Fürsorge zu steuern und diese in Zukunft weiter auszubauen. Für Geschäftskunden entwickeln wir neben maßgeschneiderten Energielieferverträgen Ideen und Versorgungskonzepte, die langfristig Energieverbräuche und damit Kosten senken. In diesem Zusammenhang erhalten die Kunden diverse energienaher Dienstleistungen als Rundum-Sorglos Paket.

Das neueste Produkt unserer Dienstleistungsreihe ist der "ESWE Stromtankservice". Dieses enthält ein vollumfassendes Paket für Planung, Finanzierung, Installation und Betriebsführung von E-Ladesäulen.

Risiken bestehen weiterhin in der ausstehenden Entscheidung zum Wasserkartellverfahren: Hier hatte uns die Hessische Landeskartellbehörde Ende 2016 eine "Abschöpfungsverfügung" wegen angeblich missbräuchlich überhöhter Wasserpreise in den Jahren 2007 - 2011 zugestellt. Gegen diese Verfügung haben wir fristgerecht Beschwerde eingelegt, da wir sie als sachlich ungerechtfertigt ansehen. Mit einer Anhörung vor dem Landgericht Frankfurt am Main rechnen sowie einem erstinstanzlichen Urteil rechnen wir bis Ende 2018. Die für dieses Risiko in den Vorjahren gebildete Rückstellung besteht in unveränderter Höhe fort.

Die Wirtschafts- bzw. Mittelfristplanung für die Jahre 2018 bis 2022 sieht für die ESWE Versorgungs AG weiterhin ausgesprochen stabile Ergebnisse vor. Die politischen Rahmenbedingungen, weiterhin zunehmender Regulierungsdruck sowie steigender Wettbewerb beeinflussen zumindest mittelfristig die Wirtschaftlichkeit. Wir sehen uns jedoch ausreichend gerüstet und streben an, aus den Chancen, die sich ergeben, tatsächlich neue wirtschaftliche Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Das ausgesprochen gute Ergebnis des Geschäftsjahres 2017 kann in der Planung für 2018 nicht wieder erreicht werden. Gegenüber dem Jahr 2017 rechnen wir mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 40,2 Mio. €. Das Unternehmensergebnis vor Ausgleichszahlung und Ergebnisabführung 2018 ist mit 37,1 Mio. € geplant.

Im Stromabsatz rechnen wir auch 2018 mit rückläufigen Absatzmengen in Wiesbaden, während wir im externen Stromvertrieb mittelfristig einen kontinuierlichen Anstieg der Absatzmengen einplanen. Auch beim Gasvertrieb rechnen wir analog mit einem sukzessiven Kundenverlust im eigenen Versorgungsgebiet bei gleichzeitigem Ausbau der Neukundengewinnung in fremden Gebieten. Im Wärmebereich planen wir nach dem erfolgten Ausbau in der Wiesbadener Innenstadt mit deutlich steigenden Absatzmengen ab 2019.

Das betriebliche Ergebnis 2018 wird gemäß unserer Planungen insbesondere durch höhere Bezugskosten, zu erwartende Tarifsteigerungen im Personalbereich sowie durch höhere Abschreibungen auf 22,6 Mio. € zurückgehen. Das Beteiligungsergebnis wird sich mit 20,2 Mio. € auf ähnlichem Niveau wie in 2017 bewegen

Im Wirtschaftsplan 2018 sind Investitionen in Sachanlagen von 32,9 Mio. €, im Wesentlichen für Versorgungsnetze bzw. den Fernwärmeausbau in der Innenstadt, vorgesehen.

Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten

ESWE Versorgungs AG ist im Rahmen der Verwendung von Finanzinstrumenten, die insbesondere die von der Gesellschaft ausgereichten Kredite und Forderungen sowie die Darlehen bei Kreditinstituten betreffen, grundsätzlich im Wesentlichen Zinsänderungsrisiken und Ausfallrisiken ausgesetzt.

Das Ausfallrisiko aus finanziellen Vermögenswerten besteht in der Gefahr des Ausfalls eines Vertragspartners und daher maximal in Höhe der positiven Zeitwerte der Forderungen gegen den jeweiligen Kontrahenten. Dieses Risiko wird bei der ESWE Versorgungs AG als nicht wesentlich eingestuft, da Geldanlagen nur an Kontrahenten einwandfreier Bonität erfolgen. Kredite werden derzeit nur im Rahmen der Konzernfinanzierung an verbundene Unternehmen vergeben.

Dem Risiko des Ausfalls von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen tragen wir durch ein aktives Forderungsmanagement sowie Bildung von entsprechenden Wertberichtigungen Rechnung.

Für die aufgenommenen Darlehensverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten besteht das Risiko steigender Marktzinsen. Das Zinsänderungsrisiko ist jedoch durch Vereinbarungen langfristiger Zinsbindungsfristen deutlich vermindert. Zinssteigerungsrisiken bei Auslaufen der vereinbarten Zinsbindungen werden im Rahmen der langfristigen Finanzplanung durch den Abschluss von Zinssicherungsgeschäften frühzeitig minimiert. Hierbei erfolgt eine ständige Beobachtung des Geld- und Kapitalmarktes. Künftige Kapitalbedarfe werden frühzeitig ermittelt und im Rahmen des aktiven Zinsmanagements, welches wir in den letzten Jahren sukzessive ausgebaut haben, gedeckt.

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken aus Darlehensverträgen wurden Zinsswapgeschäfte abgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2017 wurden insgesamt 3 Verträge zum Zinsanpassungstermin aufgelöst, da eine Inanspruchnahme aufgrund des gegenwärtigen Zinsniveaus nicht angebracht war. Die noch bestehenden Sicherungsgeschäfte haben insgesamt ein Volumen von 8,6 Mio. €. Sie sind in das bestehende Risikomanagementsystem eingebunden und haben aufgrund der Zinsentwicklung zum Bilanzstichtag einen

negativen Marktwert von 1,3 Mio. €.

Risikomanagement

Das bei der ESWE Versorgungs AG implementierte Risikomanagementsystem entspricht den gesetzlichen Anforderungen durch das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG).

Als grundlegendes Instrumentarium für das Risikomanagementsystem sind im internen Datennetz des Unternehmens ein Handbuch verfügbar sowie Risikobeauftragte benannt. Das nach Bewertung der Risikoinventur erstellte Risikoportfolio für das Unternehmen wird regelmäßig fortgeschrieben und ist Bestandteil des Controllingberichts. Hier erfolgt die regelmäßige Information von Vorstand und Unternehmensbereichen sowie im Rahmen eines kontinuierlichen Prozesses der Anstoß von Maßnahmen zur Risikofrüherkennung. Zur Steuerung der Risiken hat das Unternehmen Maßnahmen ergriffen, die im Wesentlichen neben dem Einsatz interner und externer Fachleute ein umfangreiches technisches Regelwerk, die Zertifizierung von Unternehmensbereichen sowie einen umfassenden Versicherungsschutz, Führungsleitsätze und ein internes Kontrollsystem umfassen.

Darüber hinaus ist für die Energiebeschaffung ein Risikokomitee implementiert, welches aus dem Vorstand sowie den für das interne Kontrollsystem zuständigen Bereichsleitern besteht und die Sicherstellung einer geschlossenen Umsetzung der vorgegebenen Beschaffungsstrategie und Risikopolitik zur Aufgabe hat.

Die Entwicklung der Beteiligungserträge birgt für uns Chancen aus zukünftig steigenden Ergebnisbeiträgen und Risiken aus negativer Entwicklung der Beteiligungen. Dem Risiko wird durch eine laufende Überwachung der Geschäftsentwicklung durch das Beteiligungscontrolling Rechnung getragen, sodass bei negativer Entwicklung frühzeitig Gegenmaßnahmen zur Risikominimierung eingeleitet werden können.

Mit dem Bestehen eines für alle Beschäftigten und Führungskräfte verbindlichen Verhaltenskodexes werden unsere Bestrebungen, Risiken für das Unternehmen möglichst frühzeitig zu erkennen und professionell damit umzugehen, effektiv unterstützt. Um steuerliche Risiken frühzeitig erkennen zu können, befindet sich derzeit ein Tax Compliance System im Aufbau.

Die Bewertung des Risikoszenarios kommt insgesamt zu dem Ergebnis, dass durch die ergriffenen Steuerungsmaßnahmen sowohl im Berichtsjahr als auch für die Zukunft keine Risiken erkennbar sind, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden.

Erklärung zur Unternehmensführung

Nach dem am 1. Mai 2015 in Kraft getretene Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen ist ESWE Versorgung als der Mitbestimmung unterliegendes Unternehmen verpflichtet, Zielgrößen für den Frauenanteil festzulegen.

Der Aufsichtsrat hatte daher gemäß § 111 Abs. 5 Satz 1 AktG für den Betrachtungszeitraum bis 30. Juni 2017 die Zielgrößen für den Aufsichtsrat mit 22 % und den Vorstand mit 0 % festgelegt.

Für die beiden obersten Führungsebenen hatte gemäß § 76 Abs. 4 Satz 1 AktG der Vorstand fristgerecht für den gesetzlich festgelegten Betrachtungszeitraum bis 30. Juni 2017 eine Frauenquote von 15 % festgelegt.

Für den gesetzlich festgelegten weiteren Betrachtungszeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 28. Juni 2017 den angestrebten Frauenanteil im Aufsichtsrat und im Vorstand auf dem bisherigen Stand belassen. Hierbei wurde berücksichtigt, dass bei der Festlegung die Zielgrößen der jeweils erreichte Anteil nicht mehr unterschritten werden darf.

Nach der Neukonstituierung des Aufsichtsrats im Sommer 2017 beträgt der Frauenanteil im paritätisch besetzten Aufsichtsrat 16,67 %, der Vorstand besteht aus 2 Männern. Da sowohl der Aufsichtsrat als auch die Vorstandsmitglieder über den Betrachtungszeitraum bis 30. Juni 2022 hinaus bestellt sind, wurden die festgelegten Zielgrößen von 0 % für den Vorstand und 22,22 % für den Aufsichtsrat belassen.

Der Anteil der Frauen in den beiden obersten Führungsebenen liegt aktuell bei 15,8 %. Daher hat der Vorstand die Zielgröße bis 30. Juni 2022 auf 17 % festgelegt.

Wiesbaden, 25. Mai 2018

ESWE Versorgungs AG

Der Vorstand

Schodlok

Höhler

Bilanz zum 31. Dezember 2017

AKTIVA

	Anhang	31.12.2017	31.12.2016
	(1)	TE	TE
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		1.328	1.495
II. Sachanlagen		138.392	135.293
III. Finanzanlagen		134.543	133.801

	Anhang	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
B. Umlaufvermögen		274.263	270.589
I. Vorräte	(2)	2.960	3.018
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)	58.029	55.356
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		6.131	8.951
		67.120	67.325
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1.000	826
		342.383	338.740

PASSIVA

	Anhang	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
A. Eigenkapital	(4)		
I. Gezeichnetes Kapital		66.013	66.013
II. Kapitalrücklage		25.426	25.426
III. Gewinnrücklagen		25.131	25.131
IV. Jahresergebnis		0	0
		116.570	116.570
B. Empfangene Ertragszuschüsse		21.197	18.450
C. Rückstellungen	(5)	62.601	69.511
D. Verbindlichkeiten	(6)	142.014	134.208
E. Rechnungsabgrenzungsposten		1	1
		342.383	338.740

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Anhang	2017 T€	2016 T€
1. Umsatzerlöse	(10)	387.420	381.722
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen		283	-68
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	(11)	1.774	1.504
4. Sonstige betriebliche Erträge	(12)	6.550	9.908
5. Materialaufwand	(13)	272.470	261.202
6. Personalaufwand	(14)	45.949	44.828
7. Abschreibungen	(15)	12.863	12.698
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(16)	30.561	42.708
9. Betriebliches Ergebnis		34.184	31.630
10. Beteiligungsergebnis	(17)	22.010	13.286
11. Zinsergebnis	(18)	-4.712	-2.613
12. ERGEBNIS VOR STEUERN		51.482	42.303
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(19)	3.617	2.714
14. ERGEBNIS NACH STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG		47.865	39.589
15. Sonstige Steuern	(20)	342	338
16. UNTERNEHMENSERGEBNIS/JAHRESÜBERSCHUSS		47.523	39.251
17. Aufwendungen für Ausgleichszahlung	(21)	19.383	14.808
18. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinn	(22)	28.140	24.443
19. JAHRESERGEBNIS		0	0

Anhang für das Geschäftsjahr 2017**Allgemeine Angaben**

Die ESWE Versorgungs AG (ESWE Versorgung) hat ihren Sitz in Wiesbaden und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Wiesbaden unter HRB 2105.

Der Jahresabschluss entspricht den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches in der derzeit gültigen Fassung und des Aktiengesetzes. Es gelten gemäß § 267 Abs. 3 HGB die Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften.

Nach § 265 Abs. 7 Nr. 2 HGB wird in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung auf eine weitere Untergliederung der einzelnen Posten verzichtet. Die zusammengefassten Posten werden im Anhang gesondert ausgewiesen, da hierdurch die Klarheit der Darstellung vergrößert wird. Das Gliederungsschema der Bilanz ist gem. § 265 Abs. 5 und 6 HGB um Besonderheiten in der Versorgungswirtschaft erweitert. Darüber hinaus werden die Forderungen gegen die Landeshauptstadt Wiesbaden und deren Eigenbetriebe gesondert ausgewiesen.

Der Klarheit der Darstellung wegen sind auch die alternativ in Bilanz bzw. in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang auszuweisenden Davon-Vermerke im Anhang angegeben bzw. erläutert.

Der Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung liegt das Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB zugrunde.

Zwischen der WVW Wiesbaden Holding GmbH, die 50,62 % der Anteile an der Gesellschaft hält, und der ESWE Versorgung wurde mit notariellem Vertrag vom 17. Dezember 2010 ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen, der am 21. Dezember 2010 in das Handelsregister Wiesbaden eingetragen wurde. In dem Vertrag wurde vereinbart, dass an den Gesellschafter Thüga Aktiengesellschaft, der 49,38 % der Anteile hält, eine Ausgleichszahlung zu leisten ist.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr weitgehend unverändert.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten erfasst und werden linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Im Falle einer dauerhaften Wertminderung erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und -soweit abnutzbar- abzüglich planmäßiger Abschreibungen bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die Herstellungskosten umfassen neben den Einzelkosten auch Material- und Fertigungsgemeinkosten. Die Gemeinkosten werden auf Basis der bei normaler Beschäftigung und unter wirtschaftlichen Bedingungen anfallenden Kosten ermittelt. Zinsen auf Fremdkapital und Verwaltungskosten werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die in den steuerlichen Abschreibungstabellen vorgegebenen Nutzungsdauern zu Grunde soweit die dort genannten Nutzungsdauern innerhalb der handelsrechtlich zulässigen Bandbreiten liegen.

Neben der linearen findet auch die degressive Abschreibungsmethode Anwendung. Ab dem 1. Januar 2010 werden alle abnutzbaren Anlagezugänge nach der linearen Abschreibungsmethode abgeschrieben. Für Sachanlagen, die bereits zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren und degressiv abgeschrieben wurden, wurde die degressive Abschreibung fortgeführt.

	Nutzungsdauern in Jahren
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Entgeltlich erworbene Software	3 - 5
Grunddienstbarkeiten für Leitungswege	20 - 40
Sachanlagen	
Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3 - 50
Anlagen der Stromverteilung	20 - 33
Anlagen der Gasverteilung	20 - 40
Anlagen der Wasserverteilung	40
Anlagen der Fernmeldedienste	18 - 25
Anlagen der Nah- und Fernwärme	15 - 20
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 - 15
Abnutzbare Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 410 € werden seit 2011 im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben.	

Bei den Finanzanlagen sind die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen zu Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Verzinliche Ausleihungen sind zum Nennwert, unverzinliche zum Barwert angesetzt. Hierbei wurde ein Zinssatz von 5,5 % p.a. zugrunde gelegt.

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips nach dem Grundsatz der Einzelbewertung angesetzt. Bestandsrisiken aufgrund verminderter Verwertbarkeit oder langer Lagerdauer wird durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen. Die unfertigen Leistungen werden in Höhe der Herstellungskosten (s.o.) bilanziert.

Bei den grundsätzlich zum Nennwert bilanzierten Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen wurden alle erkennbaren Risiken durch Bewertungsabschläge berücksichtigt. Darüber hinausgehende Ausfallrisiken werden bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen durch eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von unverändert 2 % des Nettoforderungsbestands berücksichtigt. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und gegen verbundene Unternehmen sind sorgfältig ermittelte Schätzbeträge für die erst bei der Durchführung der Jahresabrechnung abrechnungsfähigen Verbrauchswerte erfasst. Erhaltene Abschlagszahlungen von Kunden sind damit verrechnet. Der Verbrauch von Vertriebspartnern, Großkunden und -soweit vertraglich vereinbart- von Geschäftskunden wird monatlich nach durchgeführter Zählerablesung abgerechnet, während der Verbrauch für die übrigen Geschäftskunden sowie für die Tarifkunden lediglich einmal jährlich (rollierende Jahresverbrauchsablesung) ermittelt und anschließend unter Anrechnung der unterjährig vereinnahmten Abschlagszahlungen abgerechnet wird. Aufgrund der rollierenden Ablesung liegen für diesen Teil der Kunden keine aktuellen Ablesedaten zum Bilanzstichtag vor. Dies führt zu der Notwendigkeit der Durchführung einer Jahresverbrauchsabgrenzung zum Bilanzstichtag auf der Grundlage der aktuellen Tarife und eines angenommenen Verbrauchsverhaltens. Die derart ermittelten Verbrauchsabgrenzungen betragen am Abschlussstichtag 114,8 Mio. € (Vorjahr 114,9 Mio. €). Von den so ermittelten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden die erhaltenen Abschlagszahlungen (111,6 Mio. €; Vorjahr 108,5 Mio. €) aktivisch abgesetzt.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden bei Bestehen einer Aufrechnungslage im Sinne des § 387 BGB miteinander saldiert.

Die Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Nennwert bewertet.

Die unter den empfangenen Ertragszuschüssen ausgewiesenen Baukostenzuschüsse, die bis zum 31. Dezember 2002 vereinnahmt wurden, werden mit 5 % des Ursprungswertes aufgelöst. Die Baukostenzuschüsse, die in der Zeit vom 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2009 vereinnahmt wurden, wurden von den ursprünglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten aktivisch abgesetzt. Die

seit dem Geschäftsjahr 2010 vereinnahmten Baukostenzuschüsse werden wieder als Passivposten gezeigt und über den Zeitraum ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer aufgelöst.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren ungewissen Verbindlichkeiten sowie sonstige Risiken. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bemessen.

Bei der Rückstellungsbewertung werden zukünftige Preis- und Kostensteigerungen mit einbezogen. Ferner werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr grundsätzlich mit einem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank veröffentlicht wird, abgezinst.

Rückstellungen für Pensionen wurden gemäß § 249 Abs. 1 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB ermittelt und beruhen auf versicherungsmathematischen Werten, die unter Anwendung der Projected Unit Credit Method (PUCM) auf Basis der Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt wurden. Es wird wie im Vorjahr eine pauschale Rentensteigerung von 2 % p.a. sowie eine Einkommenssteigerung von 2 % p.a. unterstellt. Zum 31. Dezember 2017 ergab sich unter Berücksichtigung eines Rechnungszinses im Durchschnitt der letzten 10 Jahre ein Erfüllungsbetrag von 8.936 T€. Der zu ermittelnde Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB unter Berücksichtigung eines Rechnungszinses im Durchschnitt der letzten 7 Jahre beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 758 T€. Der laufende Zinsaufwand sowie der Effekt aus der Änderung des Zinssatzes (3,68 % p.a.; Vorjahr 4,01 % p.a.) sind im Zinsergebnis des laufenden Jahres ausgewiesen. Es wird eine pauschale Restlaufzeit der Verpflichtungen von 15 Jahren angenommen.

Für die Arbeitnehmer der ESWE Versorgung besteht aufgrund der arbeitsvertraglichen Regelungen zudem eine mittelbare Pensionsverpflichtung im Zusammenhang mit dem Sanierungsbeitrag zur Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände Wiesbaden, die nach Art. 28 Abs. 1 EGHGB zu einem Passivierungswahlrecht führt. Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 wurde, wie in Vorjahren, von einer Passivierung wegen der Probleme bei der Ermittlung des Rückstellungsbetrages abgesehen. Wesentliche Einflussfaktoren für die Verpflichtungshöhe sind der seit dem 1. Januar 2010 geltende Umlagensatz zum Sanierungsgeld von 2,3 % p.a. und die Zusatzumlage von 9 % p.a. für die Bemessungsgrundlage der Umlage in Höhe von 32.857 T€, die im Geschäftsjahr 2017 zu einer Sanierungsgeldzahlung in Höhe von 756 T€ geführt hat.

Die Altersteilzeitrückstellungen wurden gemäß § 249 Abs. 1 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB ermittelt. Unter Verwendung eines Abzinsungssatzes gemäß RückAbzinsV und einer zugrunde gelegten Einkommenssteigerung von 2,0 % p.a. ergab sich zum Bilanzstichtag ein Erfüllungsbetrag von 842 T€. Der laufende Zinsaufwand sowie der Effekt aus der Aufzinsung (Zinssatz 1,26 % p.a.; Vorjahr 1,59 % p.a.) sind im Zinsergebnis des laufenden Jahres ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben bzw. Einnahmen erfasst, die Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagenspiegel zu entnehmen.

Angaben zum Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 HGB:

Name und Sitz der Gesellschaft	Kapital-Anteil %	Eigenkapital 31.12.2017 T€	Jahresergebnis 2017 T€
1) Anteile an verbundenen Unternehmen			
ESWE Windpark GmbH, Wiesbaden	100,0	15	2
ESWE Windpark Uettingen GmbH & Co. KG, Wiesbaden	100,0	3.115	125
Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH, Wiesbaden 1	100,0	28.631	0
ESWE BioEnergie GmbH, Wiesbaden	90,0	6.070	- 2.490
ESWE Taunuswind GmbH, Wiesbaden 2	100,0	79	0
Wiesbadener Informations- und Telekommunikationsgesellschaft mbH, Wiesbaden	100,0	5.101	1.265
2) Beteiligungen			
Kraftwerke Mainz-Wiesbaden Aktiengesellschaft, Mainz	50,0	299.783	21.362
Windkraft Kahlenberg GmbH & Co. KG, Wiesbaden 3	50,0	2.865	102
Windpark Bad Camberg GmbH & Co. KG 3	33,33	3.161	- 178
THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG, Hamburg	33,33	13.872	- 1.364
THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH, Hamburg	33,33	27	1

1 Mit dieser Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag (EAV)

2 Nach freiwilliger Ergebnisübernahme durch die Gesellschafterin (kein EAV)

Im Zusammenhang mit der Beteiligung an der ESWE Windpark Uettingen GmbH & Co. KG erfolgte im Geschäftsjahr 2017 eine bereits im Kauf- und Abtretungsvertrag festgelegte nachträgliche Kaufpreisreduzierung in Höhe von 250 T€ aufgrund von Ertragsverlusten wegen erforderlicher Fledermausabschaltungen.

(2) Vorräte

Bei dem Ausweis handelt es sich um Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 2.661 T€ (Vorjahr 3.002 T€) sowie unfertige Leistungen in Höhe von 299 T€ (Vorjahr 16 T€).

(3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	135.834	133.934
./.. Abschlagszahlungen	111.605	108.502
	24.229	25.432
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	27.420	23.400
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.157	1.536
Forderungen gegen die Landeshauptstadt		
Wiesbaden und deren Eigenbetriebe	3.558	2.976
Sonstige Vermögensgegenstände	1.665	2.012
	58.029	55.356

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.226	7.034
davon gegen die Gesellschafterin	(136)	(135)
Forderungen aus kurzfristigen Ausleihungen	14.100	4.100
davon gegen die Gesellschafterin	(7.600)	(0)
Forderungen aus Ergebnisübernahme	24	232
davon gegen die Gesellschafterin	(0)	(0)
Forderungen aus anrechenbaren Steuern	23.166	20.265
davon gegen die Gesellschafterin	(23.166)	(20.265)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.178	1.010
davon gegen die Gesellschafterin	(0)	(0)
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen	2.778	2.778
davon gegen die Gesellschafterin	(0)	(0)
Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführung und Steuerumlage sowie Verlustausgleich	13.140	4.443
davon gegen die Gesellschafterin	(13.140)	(4.443)
	27.420	23.400

Die Forderungen gegen die Landeshauptstadt Wiesbaden und deren Eigenbetriebe bestehen ausschließlich aus kurzfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus der Verpachtung des Wassernetzes, der Lieferung von Wasser sowie aus der Erbringung von Dienstleistungen an die Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (WLV) in Höhe von 3.285 T€ (Vorjahr 2.758 T€).

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen im Wesentlichen Zinsforderungen in Höhe von 1.122 T€ (Vorjahr 1.446 T€). Im Berichtsjahr wurden die Forderungen wegen voraussichtlicher Uneinbringbarkeit in Höhe von 1.120 T€ wertberichtigt. Darüber hinaus sind unverändert Liefer- und Leistungsforderungen enthalten.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Forderungen aus noch nicht abzugsfähiger Vorsteuer in Höhe von 755 T€ (Vorjahr 864 T€), die rechtlich erst nach dem Abschlussstichtag entstanden sind.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen sind 9 T€ (Vorjahr 23 T€) enthalten, die eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben. Die übrigen Forderungen haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

(4) Eigenkapital

Das Grundkapital wird zum 31. Dezember 2017 unverändert gehalten von der WVV Wiesbaden Holding GmbH (50,62 % ó 33.412.556,00 €) sowie von der Thüga Aktiengesellschaft, München (49,38 % ó 32.600.000,00 €). Das Grundkapital ist wie folgt in 20 Namensaktien mit unterschiedlichen Nennbeträgen aufgeteilt.

			€	€
7	Namensaktien	zu	2.050.000	14.350.000
2	Namensaktien	zu	1.700.000	3.400.000
1	Namensaktie	zu	2.900.000	2.900.000
2	Namensaktien	zu	4.100.000	8.200.000
1	Namensaktie	zu	9.250.000	9.250.000
1	Namensaktie	zu	5.200.000	5.200.000
1	Namensaktie	zu	6.200.000	6.200.000
1	Namensaktie	zu	2.600.000	2.600.000
1	Namensaktie	zu	5.200.000	5.200.000
1	Namensaktie	zu	7.700.000	7.700.000
1	Namensaktie	zu	500.000	500.000
1	Namensaktie	zu	512.556	512.556
				66.012.556

Die Gewinnrücklagen setzen sich unverändert wie folgt zusammen:

	T€
Gesetzliche Rücklage	6.601
Andere Gewinnrücklagen	18.530
	25.131

Innerhalb der anderen Gewinnrücklagen wird der aufgrund des Konsortialvertrages vom 5. Februar 2001 gebildete "Fonds für Innovationen, Klima- und Wasserschutz" in Höhe von 5.917 T€ ausgewiesen. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags erfolgen seit dem Geschäftsjahr 2010 keine planmäßigen Einstellungen in den bzw. Entnahmen aus dem Fonds.

Die Gesellschafter haben ihre Beteiligungsverhältnisse gemäß § 20 AktG der Gesellschaft mitgeteilt.

Die Mitteilung der ehemaligen Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH (heute WVW Wiesbaden Holding GmbH) vom 21. Mai 2001 wurde von der Gesellschaft im Bundesanzeiger Nr. 109 vom 16. Juni 2001 mit folgendem Wortlaut bekannt gemacht:

"Die Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH, deren Anteile zu 100 % die Landeshauptstadt Wiesbaden hält, hat uns mitgeteilt, dass sie am 21. Mai 2001 mehr als den vierten Teil der Aktien an der ESWE Versorgungs AG, nämlich 50,62 % aller Aktien, im Eigentum hat."

Die Mitteilung der Thüga Aktiengesellschaft vom 9. Dezember 2009 wurde von der Gesellschaft im elektronischen Bundesanzeiger vom 17. Dezember 2009 mit folgendem Wortlaut bekannt gemacht:

"Die Thüga Holding GmbH & Co. KGaA zu München, vertreten durch die Thüga Management GmbH, ebenda, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass ihr mehr als der vierte Teil der Aktien an unserem Unternehmen gehören."

(5) Rückstellungen

	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
Rückstellungen für Pensionen	8.936	8.633
Steuerrückstellungen	0	1.968
Sonstige Rückstellungen	53.665	58.910
	62.601	69.511

Die sonstigen Rückstellungen betreffen vorwiegend den Personalbereich (7.694 T€), ausstehende Rechnungen für Netzentgelte (2.924 T€), Wechselboni und Abrechnungsverpflichtungen (3.906 T€), Waldschäden (2.800 T€), drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (7.155 T€) sowie Rückzahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Wasserkartellverfahren (23.100 T€).

(6) Verbindlichkeiten

	Stand 31.12.2017 T€	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr T€	Stand 31.12.2016 T€	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	75.917	12.810	77.760	7.120
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	24.010	24.010	21.593	21.593
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	7.286	7.286	8.447	8.447
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	22.191	22.191	18.403	18.403
davon gegenüber Gesellschafter	(19.384)	(19.384)	(15.282)	(15.282)
davon aus Lieferungen und Leistungen	(2.807)	(2.807)	(3.595)	(3.595)
5. Sonstige Verbindlichkeiten	12.610	12.610	8.005	8.005
davon aus Steuern	(11.785)	(11.785)	(7.430)	(7.430)
	142.014	78.907	134.208	63.568

Eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren besteht:

	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
Zu Pos. 1 in Höhe von	41.496	49.939

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 58.733 T€ durch modifizierte Ausfallbürgschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden abgesichert. An die Landeshauptstadt Wiesbaden waren hierfür im Jahr 2017 Avalgebühren in Höhe von 294 T€ zu leisten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten neben dem laufenden Verrechnungsverkehr Verbindlichkeiten aus einer kurzfristigen Zwischenfinanzierung in Höhe von 3.000 T€ (Vorjahr 6.901 T€).

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, handelt es sich mit 19.383 T€ (Vorjahr 14.808 T€) um Verpflichtungen aus der Ausgleichszahlung für das laufende Geschäftsjahr. Darüber hinaus sind unverändert Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten enthalten.

(7) Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Neben den betriebsüblichen Verpflichtungen aus dem Energiebezug beläuft sich das Bestellobligo zum 31. Dezember 2017 auf 3.643 T€. Aus Miet- und Leasingverträgen bestehen mehrjährige Verpflichtungen in Höhe von 7.272 T€, von denen 1.864 T€ innerhalb eines Jahres fällig sind.

Mit der Syneco Trading GmbH, München, wurde am 16. November 2008 ein Vertrag über die Nutzung eines Gasspeichers getroffen. Grundlage der Vereinbarung ist ein zwischen der Syneco Trading GmbH und Gaz de France Erdgasspeicher Deutschland GmbH, Berlin, geschlossener Vertrag über die Bereitstellung von Speicherleistung aus dem Gaskavernenspeicher Peckensen (Speichervertrag). Die Syneco Trading GmbH stellt der Gesellschaft hierbei einen Speicheranteil von 7,2 % zur Verfügung. Der ESWE Versorgung entstehen aus dem Vertrag Verpflichtungen aus der Zahlung von anteiligen Speichermieten. Die Laufzeit des Vertrages mit der Syneco Trading GmbH ist hierbei an die Laufzeit des Speichervertrages gekoppelt. Aufgrund einer vertraglichen Anpassung im Jahr 2017 endet der Speichervertrag am 1. April 2031. Die Verpflichtungen belaufen sich insgesamt auf 8.145 T€, von denen 503 T€ innerhalb eines Jahres fällig sind.

Im Rahmen der Finanzierung des im Jahr 2013 von der ESWE BioEnergie GmbH errichteten Biomasseheizkraftwerks hat die ESWE Versorgung zur Sicherung der dort aufgenommenen langfristigen Darlehen in Höhe von insgesamt 50 Mio. € Patronatserklärungen und Bürgschaften abgegeben. Es wird davon ausgegangen, dass die ESWE BioEnergie GmbH ihre Verpflichtungen erfüllen wird. Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme bzgl. der aufgeführten Haftungsverhältnisse wird daher als gering angesehen.

Zudem hat sich die ESWE Versorgung verpflichtet, einen möglichen Jahresfehlbetrag für das Geschäftsjahr 2018 der ESWE Taunuswind GmbH zu übernehmen.

(8) Finanzinstrumente

Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos von langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten hat die Gesellschaft Zins-Swap-Geschäfte abgeschlossen. Hierbei handelt es sich um micro hedge-Beziehungen, da das aus einem Darlehen resultierende Zinsänderungsrisiko durch ein einziges Sicherungsinstrument (Swap) abgesichert wird. Insgesamt bestehen Swap-Geschäfte mit einem Nominalwert von 8,6 Mio. €. Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung haben diese am Bilanzstichtag in Summe einen negativen Marktwert in Höhe von 1,3 Mio. €. Die Zins-Swap-Geschäfte werden jeweils in Zusammenhang mit der Aufnahme bzw. Prolongation konkreter Darlehen abgeschlossen. Die Marktwerte werden anhand der sich aus den Vereinbarungen in Zukunft ergebenden Zahlungsströme unter Zugrundelegung der erwarteten Zinsentwicklung ermittelt.

Aufgrund der Bildung von Bewertungseinheiten kann von der Bildung einer Drohverlustrückstellung abgesehen werden. Zur Feststellung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird die "Critical Terms Match-Methode" verwendet. Die Bilanzierung sämtlicher Bewertungseinheiten erfolgt nach der "Einfrierungsmethode".

Die mittels Termingeschäften beschafften Energiebezüge von Strom und Gas werden mit den in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit anfallenden Absatzgeschäften in eine Einheit gebracht. Die Beschaffungs- und Absatzgeschäfte weisen in sachlicher und zeitlicher Hinsicht gleichartige Risiken auf und werden intern im Rahmen eines Vertragsportfolios auf Nettobasis gesteuert. Im Berichtsjahr bestanden keine offenen Positionen.

(9) Latente Steuern

Die Gesellschaft ist Organgesellschaft einer ertragsteuerlichen Organschaft. Die latenten Steuern der Organschaft werden bei dem Organträger ausgewiesen. Somit unterbleibt die Angabe nach § 285 Nr. 29 HGB. Insgesamt würde sich ein Aktivüberhang an latenten Steuern ergeben, der aufgrund des bestehenden handelsrechtlichen Wahlrechts nicht aktiviert werden muss.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(10) Umsatzerlöse

Aufteilung nach Bereichen	2017		2016	
	T€	%	T€	%
Stromversorgung	194.431	50,2	187.550	49,1
Gasversorgung	96.455	24,9	98.648	25,8
Wärmeversorgung	27.729	7,2	28.768	7,5
Tankstelle	3.238	0,8	3.013	0,8
Betriebsführung Wasserversorgung	25.193	6,5	23.557	6,2
Wasserverkauf an WLW	11.968	3,1	12.074	3,2
Konzerninterne Dienstleistungen	20.148	5,2	20.649	5,4
Auflösung empfangene Ertragszuschüsse	1.872	0,5	1.881	0,5
Übrige Umsatzerlöse	6.386	1,6	5.582	1,5
Umsätze lt. GuV	387.420	100,0	381.722	100,0

Die Umsatzerlöse der Stromversorgung sind um die Stromsteuer in Höhe von 19.300 T€ (Vorjahr 18.206 T€) und die Umsatzerlöse der Gasversorgung um die Erdgassteuer in Höhe von 10.118 T€ (Vorjahr 9.698 T€) gekürzt.

Die Umsatzerlöse enthalten in Höhe von 4.233 T€ (Vorjahr 2.030 T€) Erlöskorrekturen für Vorjahre.

(11) Andere aktivierte Eigenleistungen

Sie umfassen den Personalaufwand und die Gemeinkosten für die Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens.

(12) Sonstige betriebliche Erträge

	2017 T€	2016 T€
Periodenfremde Erträge:		
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3.879	5.042
Erträge aus Anlagenabgängen	1.126	2.366
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen	32	1.087

	2017 T€	2016 T€
Andere periodenfremde Erträge	100	46
Übrige Erträge	5.137	8.541
	1.413	1.367
	6.550	9.908

(13) Materialaufwand

	2017 T€	2016 T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	258.705	248.824
Aufwendungen für bezogene Leistungen	13.765	12.378
	272.470	261.202

(14) Personalaufwand

	2017 T€	2016 T€
Löhne und Gehälter	35.911	35.383
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	10.038	9.445
davon für Altersversorgung	(2.715)	(2.586)
	45.949	44.828

Im Durchschnitt waren bei der ESWE Versorgungs AG beschäftigt:

	2017	2016
Angestellte	559	548
davon Frauen	150	148
Auszubildende	47	48
	606	596

(15) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Die Abschreibungen sind im Einzelnen im Anlagenspiegel dargestellt.

(16) Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2017 T€	2016 T€
Periodenfremde Aufwendungen:		
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	22	65
Andere periodenfremde Aufwendungen	305	9.503
	327	9.568
Konzessionsabgaben	6.381	6.211
Abschreibungen auf Forderungen	2.169	1.794
Übrige Aufwendungen	21.684	25.135
	30.561	42.708

(17) Beteiligungsergebnis

	2017 T€	2016 T€
Erträge aus Gewinnabführung	10.083	4.357
davon aus verbundenen Unternehmen	(10.083)	(4.357)
Erträge aus Beteiligungen	12.063	12.296
davon aus verbundenen Unternehmen	(1.000)	(1.000)
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	-1.500
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-136	-1.867
	22.010	13.286

Die Erträge aus Gewinnabführungen beinhalten das Ergebnis der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH für das Jahr 2017. Die Erträge aus Beteiligungen beinhalten im Wesentlichen die Gewinnausschüttung der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden Aktiengesellschaft, Mainz (KMW), für das Geschäftsjahr 2016 (10.000 T€). Die Aufwendungen aus der Verlustübernahme betreffen im Berichtsjahr die Übernahme des Verlustes der ESWE Taunuswind GmbH.

Im Vorjahr wurde eine Abschreibung auf den Beteiligungsbuchwert der ESWE BioEnergie GmbH in Höhe von 1.500 T€ vorgenommen.

(18) Zinsergebnis

	2017 T€	2016 T€
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.311	1.256
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	171	345
davon aus verbundenen Unternehmen	(27)	(101)

	2017 T€	2016 T€
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 6.194	- 4.214
davon aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen	(- 789)	(- 385)
	- 4.712	- 2.613

Der Anstieg der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen ist auf eine zusätzliche Zinsbelastung aus der vorzeitigen Ablösung von Zinssicherungsgeschäften zurückzuführen.

(19) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Aufgrund des zwischen der WVV Wiesbaden Holding GmbH und der ESWE Versorgung bestehenden Ergebnisabführungsvertrages weist die ESWE Versorgung als Steueraufwand nur die Körperschaftsteuer auf die Ausgleichszahlung an die Thüga Aktiengesellschaft in Höhe von 3.609 T€ (Vorjahr 2.757 T€) aus. Diese Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Ferner ergaben sich periodenfremde Ertragsteueraufwendungen in Höhe von 8 T€ (Vorjahr: Erstattungen 43 T€).

(20) Sonstige Steuern

Der Steueraufwand beinhaltet die Aufwendungen für Grundsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Umsatzsteuer für Sachzuwendungen sowie Energiesteuern auf den Eigenverbrauch.

(21) Aufwendungen für Ausgleichszahlungen

Gemäß dem bestehenden Ergebnisabführungsvertrag erhält die Thüga Aktiengesellschaft, München, eine vertraglich vereinbarte Ausgleichszahlung von 19.383 T€ (Vorjahr 14.808 T€).

(22) Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinn

Ausgewiesen wird der gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die WVV Wiesbaden Holding GmbH abzuführende Gewinn.

Sonstige Angaben

Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen gemäß § 6b EnWG

Es besteht ein langfristiger Vertrag über die Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen an die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH, welcher im Geschäftsjahr zu Umsatzerlösen in Höhe von 13.183 T€ (Vorjahr: 13.614 T€) führte.

Weitere Geschäfte größeren Umfangs im Sinne von § 6b EnWG, die aus der gewöhnlichen Energieversorgungstätigkeit herausfallen, wurden nicht getätigt.

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Alle Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen sind zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen worden und unterscheiden sich nicht von Liefer- und Leistungsverpflichtungen mit anderen Unternehmen und Personen.

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten im Jahr 2017 folgende Damen und Herren an:

Sven Gerich, Oberbürgermeister, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Wiesbaden

Udo Stieglitz, Betriebsratsvorsitzender, Arbeitnehmervertreter, Wiesbaden 1. stellv. Vorsitzender, Wiesbaden

Michael Riechel, Vorstandsvorsitzender der Thüga Aktiengesellschaft, 2. stellv. Vorsitzender, München

Dennis Barham, Elektromeister, Arbeitnehmervertreter, Wiesbaden

Frank Besier, Industriemechaniker, Anteilseigner-Arbeitnehmervertreter, Wiesbaden

(ab 28. Juni 2017)

Joaquim da Silva, Kfz-Mechaniker, Anteilseigner-Arbeitnehmervertreter, Wiesbaden

Christian Diers, Geschäftsführer, Stadtverordneter, Wiesbaden (ab 10. Januar 2017)

Marc Fischer, Kaufmännischer Angestellter, Arbeitnehmervertreter, Heidesheim

(ab 28. Juni 2017)

Christiane Hinninger, Dipl.-Biologin, Stadtverordnete, Wiesbaden

Michael Kittelberger, Prokurist Thüga Aktiengesellschaft, München (ab 16. Februar 2018)

Ralf Ligato, Industriefachwirt, Arbeitnehmervertreter, Darmstadt

Reiner Löbelt, Schlosser, Arbeitnehmervertreter, Hünstetten (bis 28. Juni 2017)

Bernhard Lorenz, Rechtsanwalt, Stadtverordneter, Wiesbaden

Christoph Manjura, Politikwissenschaftler, Stadtverordneter, Wiesbaden

(bis 28. Juni 2017)

Dr. Eckhard Müller, Leitender Angestellter a.D. Stadtverordneter, Wiesbaden

(ab 10. Januar 2017)

Nadine Ruf, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stadtverordnete, Wiesbaden

Harald Schuck, Gewerkschaftssekretär, Anteilseigner-Arbeitnehmervertreter, Mainz-Kastel

Christiane Schüßler, Dipl.-Sozialpädagogin, Arbeitnehmervertreterin, Taunusstein

Dr. Christof Schulte, Vorstandsmitglied der Thüga Aktiengesellschaft. München

(bis 16. Februar 2018)

Marlis Stiehl, stellv. Betriebsratsvorsitzende, Arbeitnehmervertreterin, Wiesbaden

(bis 28. Juni 2017)

Dennis Volk-Borowski, Politikwissenschaftler, Stadtverordneter, Wiesbaden

(ab 28. Juni 2017)

Winfried Weimer, Gas- und Wasserinstallationsmeister, Arbeitnehmervertreter, Hünstetten

Dem Aufsichtsrat wurden für das Geschäftsjahr 2017 Bezüge von 43.440 € (Vorjahr 42.420 €) gezahlt.

Vorstand

Rechtsanwalt Ralf Schodlok, kaufmännischer Vorstand (Vorsitzender), Wiesbaden

Dipl.-Ing. Jörg Höhler, technischer Vorstand, Singhofen.

Im Geschäftsjahr 2017 betragen die Gesamtbezüge des Vorstands 820.026 € (Vorjahr: 803.512 €). Die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 592.976 € (Vorjahr: 581.908 €).

Am Bilanzstichtag betragen die an ehemalige Mitglieder des Vorstandes gegebenen Kredite für Wohnraumbeschaffung, die durchschnittlich mit 4,5 % p.a. verzinst werden, 27.061 €. Diese Darlehen werden annuitätisch getilgt. Im Berichtsjahr betrug die Tilgung 1.835 €.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen sind 5.673.629 € zurückgestellt.

Honorar des Abschlussprüfers

Von den Angaben zu den Honoraren des Abschlussprüfers der Gesellschaft nach § 285 Nr. 17 HGB n. F. wurde abgesehen, da diese Angaben im Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH als einbeziehendes Mutterunternehmen enthalten sind.

Konzernzugehörigkeit

Die Gesellschaft ist verbundenes Unternehmen i.S.d. § 15 AktG und § 271 Abs. 2 HGB zur WVV Wiesbaden Holding GmbH und deren verbundenen Unternehmen. Der Jahresabschluss der ESWE Versorgungs AG wird in den Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH, Wiesbaden, für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen einbezogen. Die Gesellschaft ist gem. § 291 Abs. 1 HGB von der Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichtes befreit. Der Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH wird in elektronischer Form im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres, über die an dieser Stelle zu berichten wäre, sind nicht bekannt.

Wiesbaden, 25. Mai 2018

ESWE Versorgungs AG

Der Vorstand

Schodlok

Höhler

Entwicklung des Anlagevermögens

Anschaffungs- und Herstellungskosten

	Vortrag zum 01.01.2017 T€	Zugänge T€	Umbuchungen T€	Abgänge T€	Stand am 31.12.2017 T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Lizenzen	8.766	280	0	5	9.041
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	63.405	23	0	121	63.307
2. Verteilungsanlagen	449.362	12.283	3.378	1.567	463.456
3. Technische Anlagen und Maschinen	25.921	206	297	168	26.256
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	23.022	908	3	766	23.167
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.914	2.203	-3.678	0	2.439
	565.624	15.623	0	2.622	578.625
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	574.390	15.903	0	2.627	587.666
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	41.465	0	0	250	41.215
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	43	0	0	6	37
3. Beteiligungen	78.881	0	0	0	78.881
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12.321	0	0	0	12.321
5. Sonstige Ausleihungen und Genossenschaftsanteile	2.594	1.025	0	28	3.591
	135.304	1.025	0	284	136.045
Summe Anlagevermögen	709.694	16.928	0	2.911	723.711

Kumulierte Abschreibungen

	Vortrag zum 01.01.2017 T€	Abschreibungen des Geschäftsjahres T€	Abgänge Aufzinsung T€	(A)	Stand am 31.12.2017 T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Lizenzen	7.271	447	5		7.713
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	41.566	1.648	41		43.173
2. Verteilungsanlagen	351.520	8.650	1.553		358.617
3. Technische Anlagen und Maschinen	17.850	1.031	159		18.722
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	19.369	1.087	761		19.695
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	26	0	0		26
	430.331	12.416	2.514		440.233
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	437.602	12.863	2.519		447.946
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.500	0	0		1.500
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0	0		0
3. Beteiligungen	0	0	0		0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0		0

	Kumulierte Abschreibungen				Stand am 31.12.2017 T€
	Vortrag zum 01.01.2017 T€	Abschreibungen des Geschäftsjahres T€	Abgänge Aufzinsung T€	(A)	
				(A)	
5. Sonstige Ausleihungen und Genossenschaftsanteile	3	0	1	(A)	2
	1.503	0	0		1.502
			1	(A)	
Summe Anlagevermögen	439.105	12.863	2.519	(A)	449.448
			1	(A)	
				Buchwerte	
				31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Lizenzen				1.328	1.495
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken				20.134	21.839
2. Verteilungsanlagen				104.839	97.842
3. Technische Anlagen und Maschinen				7.534	8.071
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung				3.472	3.653
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau				2.413	3.888
				138.392	135.293
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen				139.720	136.788
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen				39.715	39.965
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen				37	43
3. Beteiligungen				78.881	78.881
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht				12.321	12.321
5. Sonstige Ausleihungen und Genossenschaftsanteile				3.589	2.591
				134.543	133.801
Summe Anlagevermögen				274.263	270.589

Tätigkeitsabschlüsse 2017

Bilanz zum 31. Dezember 2017 - Strom / Netz

AKTIVA

	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	277	304
II. Sachanlagen	4.556	5.182
III. Finanzanlagen	0	0
	4.833	5.486
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15	12
III. Wertpapiere	0	0
IV. Flüssige Mittel	0	0
	15	12
C. Forderungen gegenüber anderen Unternehmensbereichen	2.573	1.660
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5	3
	7.426	7.161

Passiva

	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
A. Eigenkapital	2.185	2.493
B. Empfangene Ertragszuschüsse	0	0
C. Rückstellungen	3.484	2.952
D. Verbindlichkeiten	1.757	1.716
	7.426	7.161

Bilanz zum 31. Dezember 2017 - Gas / Netz**AKTIVA**

	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	250	280
II. Sachanlagen	33.378	33.459
III. Finanzanlagen	0	0
	33.628	33.739
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	866	858
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.035	1.716
III. Wertpapiere	0	0
IV. Flüssige Mittel	0	0
	2.901	2.574
C. Rechnungsabgrenzungsposten	125	94
	36.654	36.407

PASSIVA

	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€
A. Eigenkapital	13.232	13.274
B. Empfangene Ertragszuschüsse	4.356	4.526
C. Rückstellungen	4.522	4.470
D. Verbindlichkeiten	10.088	11.060
E. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Unternehmensbereichen	4.456	3.077
	36.654	36.407

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 - Strom / Netz -

(Darstellung nach Primärkosten)

	2017	2016
	T€	T€
Umsatzerlöse	12.673	13.190
Bestandsveränderung	0	1
Andere aktivierte Eigenleistungen	200	205
Sonstige betriebliche Erträge	138	11
Materialaufwand	1.248	1.365
Personalaufwand	8.359	8.623
Abschreibungen	1.247	1.445
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.873	2.071
Betriebliches Ergebnis	284	-97
Beteiligungsergebnis	0	1
Zinsergebnis	-280	-147
ERGEBNIS VOR STEUERN	4	-243
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0
ERGEBNIS NACH STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG	4	-243
Sonstige Steuern	43	45
Unternehmensergebnis	-39	-288
Aufwendungen aus internem EAV	-39	-288
Jahresergebnis	0	0

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 - Gas / Netz -

(Darstellung nach Primärkosten)

	2017	2016
	T€	T€
Umsatzerlöse	39.403	38.850
Bestandsveränderung	-2	1
Andere aktivierte Eigenleistungen	748	675
Sonstige betriebliche Erträge	185	115
Materialaufwand	11.522	11.187

	2017 T€	2016 T€
Personalaufwand	12.274	11.680
Abschreibungen	2.697	2.669
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.911	3.121
Betriebliches Ergebnis	10.930	10.984
Beteiligungsergebnis	0	1
Zinsergebnis	-802	-491
ERGEBNIS VOR STEUERN	10.128	10.494
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.146	3.337
ERGEBNIS NACH STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG	6.982	7.157
Sonstige Steuern	47	45
Unternehmensergebnis	6.935	7.112
Aufwendungen aus internem EAV	6.935	7.112
Jahresergebnis	0	0

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2017 - Strom Netz - (Bruttodarstellung)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Stand am 01.01.2017 T€
	Stand am 01.01.2017 nach Schlüssel 2016 T€		Schlüsselungsdifferenzen T€	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Lizenzen	1.900	-188		1.712
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	13.138	-632		12.506
2. Verteilungsanlagen	11.521	0		11.521
3. Technische Anlagen und Maschinen	183	-9		174
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.251	-194		3.057
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1	0		1
	28.094	-835		27.259
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	29.994	-1.023		28.971
	Zugänge Kapitalzuschüsse T€	Umbuchungen T€	Abgänge T€	Stand am 31.12.2017 T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Lizenzen	83	0	1	1.794
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1	0	9	12.498
2. Verteilungsanlagen	628	0	642	11.507
3. Technische Anlagen und Maschinen	18	0	0	168
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	160	1	80	3.138
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	6	-1	0	6
	813	0	731	27.317
	24			
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	896	0	732	29.111
	24			
	Kumulierte Abschreibungen			Stand am 01.01.2017 T€
	Stand am 01.01.2017 nach Schlüssel 2016 T€		Schlüsselungsdifferenzen T€	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Lizenzen	1.596	-168		1.428
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	8.592	-413		8.179
2. Verteilungsanlagen	11.476	0		11.476
3. Technische Anlagen und Maschinen	143	-7		136
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.702	-156		2.546

Kumulierte Abschreibungen

	Stand am 01.01.2017 nach		Schlüsselungsdifferenzen T€	Stand am 01.01.2017 T€
	Schlüssel T€	2016 T€		
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0	0
	22.913	-576		22.337
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	24.509	-744		23.765
	Abschreibungen des Geschäftsjahres T€	Abgänge Zuschreibung Aufzinsung T€	Umbuchungen T€	Stand am 31.12.2017 T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Lizenzen	90	1	0	1.517
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	347	9	0	8.517
2. Verteilungsanlagen	639	642	0	11.473
3. Technische Anlagen und Maschinen	6	0	0	142
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	164	81	0	2.629
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0	0
	1.156	732	0	22.761
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	1.246	733	0	24.278

Buchwerte

	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Lizenzen	277	304
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.981	4.546
2. Verteilungsanlagen	34	45
3. Technische Anlagen und Maschinen	26	40
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	509	549
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	6	1
	4.556	5.181
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	4.833	5.485

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2017 - Gas/ Netz - (Bruttodarstellung)

Anschaffungs- und Herstellungskosten

	Stand am 01.01.2017 nach		Schlüsselungsdifferenzen T€	Stand am 01.01.2017 T€	
	Schlüssel T€	2016 T€			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Lizenzen	1.959	365		2.324	
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	12.691	170		12.861	
2. Verteilungsanlagen	186.315	0		186.315	
3. Technische Anlagen und Maschinen	1.632	3		1.635	
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.038	73		6.111	
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	178	0		178	
	206.854	246		207.100	
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	208.813	611		209.424	
	Zugänge Kapitalzuschüsse T€	(K)	Umbuchungen T€	Abgänge T€	Stand am 31.12.2017 T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Lizenzen	47		0	3	2.368
II. Sachanlagen					

	Zugänge Kapitalzuschüsse T€	(K)	Umbuchungen T€	Abgänge T€	Stand am 31.12.2017 T€
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1		0	8	12.854
2. Verteilungsanlagen	2.018		111	318	188.126
3. Technische Anlagen und Maschinen	21		0	0	1.636
	20	(K)			
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	230		0	203	6.138
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	229		-168	0	239
	2.499		-57	529	208.993
	20	(K)			
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	2.546		-57	532	211.361
	20	(K)			

	Kumulierte Abschreibungen		Stand am 01.01.2017 T€
	Stand am 01.01.2017 nach Schlüssel 2016 T€	Schlüsselungsdifferenzen T€	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Lizenzen	1.679	345	2.024
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	8.659	112	8.771
2. Verteilungsanlagen	158.430		158.430
3. Technische Anlagen und Maschinen	1.395	1	1.396
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.911	56	4.967
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0
	173.395	169	173.564
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	175.074	514	175.588

	Abschreibungen des Geschäftsjahres T€	Abgänge Zuschreibung Aufzinsung T€	Umbuchungen T€	Stand am 31.12.2017 T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Lizenzen	97	3	0	2.118
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	302	8	0	9.065
2. Verteilungsanlagen	1.944	315	-24	160.035
3. Technische Anlagen und Maschinen	25	0	0	1.421
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	329	202	0	5.094
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0	0
	2.600	525	-24	175.615
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	2.697	528	-24	177.733

	Buchwerte	
	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Lizenzen	250	280
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.789	4.032
2. Verteilungsanlagen	28.091	27.885
3. Technische Anlagen und Maschinen	215	237
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.044	1.127

	Buchwerte	
	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	239	178
	33.378	33.459
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	33.628	33.739

Unbundlingbericht für das Geschäftsjahr 2017

Grundsätzliche Angaben

Am 30. Juni 2011 verabschiedete der Deutsche Bundestag die Novelle des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG), die am 3. August 2011 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde. Um Diskriminierung zu vermeiden, haben vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen jeweils getrennte Konten zu führen und für jede ihrer Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG einen gesonderten Tätigkeitsabschluss aufzustellen. Zu den Tätigkeitsbereichen zählen zum einen die Elektrizitätsübertragung, Elektrizitätsverteilung, Gasfernleitung, Gasverteilung, Gasspeicherung oder der Betrieb von Flüssiggas-Anlagen (LNG-Anlagen); zum anderen gehört zu den Tätigkeiten darüber hinaus jede wirtschaftliche Nutzung eines Eigentumsrechts an Strom- und Gasnetzen, Gasspeichern oder LNG-Anlagen. Die Tätigkeitsabschlüsse sind mit dem geprüften Jahresabschluss beim Bundesanzeiger zur Veröffentlichung einzureichen.

Mit ihren Tätigkeitsabschlüssen 2017 erfüllt die ESWE Versorgungs AG die Berichtspflicht nach § 6b EnWG: In der Rechnungslegung führen wir gemäß § 6b EnWG jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Elektrizität- und Gasverteilung, für andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie für andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Zur Verbesserung der Transparenz in der Berichterstattung gegenüber der Bundesnetzagentur (BNA) bilden wir ab 2017 erstmalig die Erbringung der Dienstleistungen für den Stromnetzbetreiber Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH (sw netz GmbH) in einer gesonderten Unternehmensaktivität "Strom / Netz" ab. Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden die Vergleichszahlen für das Jahr 2016 ebenfalls ausgewiesen.

Für die Elektrizitäts- und Gasverteilung erstellen wir jeweils eine Bilanz; eine Gewinn- und Verlustrechnung sowie einen Anlagenspiegel.

Definition der Unternehmensaktivitäten

- Elektrizitätsverteilung (Strom / Netz)

Diese Aktivität umfasst die Erbringung der kaufmännischen und technischen Dienstleistungen für die sw netz GmbH

- Sonstige Aktivitäten Strom (Strom / Sonstige)

Diese Aktivität umfasst Stromeinkauf und -vertrieb sowie sonstige Tätigkeiten im Elektrizitätsbereich.

- Gasverteilung (Gas / Netz)

Hier wird das gesamte Gasverteilungsnetz erfasst.

- Sonstige Aktivitäten Gas (Gas / Sonstige)

Diese Aktivität umfasst Gaseinkauf und -vertrieb sowie sonstige Tätigkeiten im Gasbereich.

- Sonstige Aktivitäten

Den sonstigen Aktivitäten werden neben der Wasser- und Fernwärmeversorgung der Beteiligungs- und Finanzbereich zugeordnet.

Grundsätze der Zuordnung zu den einzelnen Aktivitäten

Die Zuordnung der Aktiv- und Passivposten sowie der Aufwendungen und Erträge zu den Unternehmensaktivitäten erfolgte im Wesentlichen direkt auf Basis von Einzelkonten. In den Fällen, wo dies nicht möglich ist oder mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden wäre, erfolgte die Zuordnung durch Schlüsselung auf Basis sachgerechter Bezugsgrößen.

Die Berechnung der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag erfolgt unter der Fiktion, dass die einzelnen Unternehmensaktivitäten selbst Steuerschuldner sind.

Die im Wege der direkten und indirekten Zuordnung entstehenden Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einzelnen Unternehmensbereichen werden als solche in der Aktivitätenbilanz ausgewiesen.

Leistungsbeziehungen zwischen den einzelnen Unternehmensaktivitäten betreffen überwiegend Verwaltungs- und Vertriebsarbeiten sowie sonstige betriebliche Tätigkeiten. Sie werden nach verursachungsgerechten Schlüsseln den Anforderern zugerechnet.

Die sich aufgrund von Zuordnungen ergebenden Unterschiedsbeträge zwischen den aktiven und passiven Bilanzposten werden als Forderungen und Verbindlichkeiten der einzelnen Aktivitäten untereinander ausgewiesen und im Rahmen der internen Aufrechnung ausgeglichen.

Erläuterungen zu den Zuordnungsregeln

Soweit eine direkte Zuordnung des Anlagevermögens nicht möglich ist, erfolgt die Schlüsselung mit dem Verwaltungsschlüssel, der sich aus der Summe der internen Leistungsverrechnung ergibt.

Die Aufteilung der Vorräte auf die einzelnen Unternehmensbereiche erfolgt mit dem Vorratsschlüssel, der sich aus der

Es besteht ein längerfristiger Vertrag über die Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen mit der sw netz.

Weitere Geschäfte größeren Umfangs im Sinne von § 6b EnWG, die aus der gewöhnlichen Energieversorgungstätigkeit herausfallen, wurden nicht getätigt.

Wiesbaden, den 25. Mai 2018

ESWE Versorgungs AG

Der Vorstand

Schodlok

Höhler

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der ESWE Versorgungs AG, Wiesbaden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der ESWE Versorgungs AG. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Mainz, den 25. Mai 2018

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bauer, Wirtschaftsprüfer

Galic, Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die gemeinschaftliche Geschäftsführung während des Geschäftsjahres 2017 aufgrund regelmäßiger schriftlicher und mündlicher Berichterstattung des Vorstands laufend überwacht. Im Rahmen seiner satzungsmäßigen Zuständigkeit hat er die ihm obliegenden Entscheidungen getroffen. Es handelte sich hierbei um folgende wesentliche Themen:

Ø Ausbau Erneuerbare Energien

Ø Entwicklung der Windkraftprojekte

Ø Vertriebsaktivitäten und neue Geschäftsfelder

Ø Vermarktung von ESWE Versorgungs AG-Grundstücken

Die Aufsichtsratsmitglieder wurden im Rahmen der Schwerpunktthemen über alle bedeutsamen Geschäftsvorgänge in Form von Vorlagen informiert.

Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht für ESWE Versorgungs AG zum 31. Dezember 2017 wurden von KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Mainz, geprüft. Beanstandungen haben sich nicht ergeben. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers lag den Aufsichtsratsmitgliedern vor. Vertreter des Wirtschaftsprüfers haben an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teilgenommen und Erläuterungen gegeben. Dem Ergebnis der Prüfung stimmt der Aufsichtsrat zu.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss einschließlich des Lageberichts der ESWE Versorgungs AG zum 31. Dezember 2017 geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind keine Einwendungen zu erheben, so dass er den Jahresabschluss billigt.

Dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern spricht der Aufsichtsrat für die im Geschäftsjahr 2017 geleistete Arbeit seinen Dank aus.

Wiesbaden, den 19. Juni 2018

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats

Sven Gerich

Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit von Frauen und Männern im Rahmen des Entgelttransparenzgesetzes (Entgeltbericht)

Am 6. Juli 2017 ist das Gesetz zur Förderung der Entgelttransparenz (Entgelttransparenzgesetz) zwischen Frauen und Männern in Kraft getreten. Ziel des Gesetzes ist es, den bestehenden Rechtsrahmen für eine umfassende Durchsetzung von Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern zu verbessern.

Neben einem individuellen Auskunftsanspruch für Beschäftigte zur Überprüfung der Einhaltung des Entgeltgleichheitsgebots, der Vorgabe an Unternehmen betriebliche Verfahren zur Überprüfung und Herstellung von Entgeltgleichheit zu implementieren, sieht das Gesetz unter bestimmten Voraussetzungen vor, einen Entgeltbericht zu erstellen.

Gemäß § 21 Abs. 1 EntgTranspG ist ESWE Versorgung als Arbeitgeber mit mehr als 500 Beschäftigten verpflichtet, einen Entgeltbericht zu erstellen.

Im Jahr 2017 beschäftigte die ESWE Versorgungs AG durchschnittlich 559 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich wie folgt darstellen:

	Durchschnittlich Beschäftigte		davon Vollzeit		davon Teilzeit	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Frauen	150	148	96	100	54	48
Männer	409	405	396	399	13	6
Gesamt	559	553	492	499	67	54

Als dem kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) angehörendes Unternehmen wenden wir seit dem 1. Januar 2008 den Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V) an, welcher in § 5 explizite Ausführungen zur Eingruppierungsthematik enthält, die keine geschlechterspezifische Unterscheidung vorsieht. In § 6 TV-V sind Ausführungen zu den ebenfalls geschlechtsneutralen Entgeltregelungen getroffen.

Eine Stellenbewertung erfolgt anhand der tariflichen Vorgaben und der objektiven Dokumentation, die von ESWE angewandt werden. Eine geschlechterspezifische Ungleichbehandlung ist somit ausgeschlossen. Daher sind keine gesonderten Maßnahmen zur Herstellung einer Entgeltgleichheit für Frauen und Männer erforderlich.

Im Berichtsjahr hat ESWE 18 außertarifliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Für diese Beschäftigten gelten individualvertraglich vereinbarte Regelungen bezüglich des Entgelts. Generell basieren diese auf der Funktion und der auszuübenden Tätigkeit, unabhängig von Geschlecht der jeweiligen Person.

Hinsichtlich der Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern lebt ESWE bereits seit vielen Jahren eine familien- und frauenfreundliche Personalpolitik.

Beispielhaft genannt sind die Möglichkeiten Teilzeit zu arbeiten, alternierende Telearbeit in Anspruch zu nehmen, die Bereitstellung eines Eltern-Kind Zimmers sowie eines gut frequentierten betrieblichen Gesundheitsmanagements mit vielfältigen Angeboten.